



Jahresbericht 2000

Das Vereinsjahr 2000 war durch eine Vielzahl von Wahlen und Abstimmungen bzw. deren Vorbereitung geprägt. Urnengänge folgten quasi Schlag auf Schlag. Die Kräfte der Jungen CVP Aargau waren daher stark gebunden; die andere Vereins- bzw. Parteiarbeit musste teils liegengelassen werden oder kam zu kurz (z.B. Mitgliederwerbung, Aufbau von Sektionen, Durchführung von Spezialanlässen, Sponsorensuche etc.). Grosse und vielbeachtete Ausnahme blieb die "Feldschlösschen-Aktion"; dazu später weiter unten.

Wahlen und Abstimmungen

Urnengang vom 12. März 2000

Am 12. März 2000 standen die Ersatzwahlen für den Regierungsrat an. Die Jungen CVP Aargau zeigte sich erfinderisch und brachte mit Alt-Nationalrätin Regina Ammann Schoch eine valable Kandidatin ins Spiel, welche die Jungpartei mehr überzeugen konnte, als die offizielle Einerkandidatur. Der Wahlvorschlag der Jungen CVP Aargau fand grosse Beachtung. Die Folge war unter anderem ein Schlagabtausch mit der ansonsten "stillen" Jungen FDP, der in der Presse ausgetragen wurde.

Zu den gleichtags stattfindenden Abstimmungen gilt es folgendes anzumerken:

- Die Junge CVP Aargau beschloss die JA-Parole zur Justizreform, zur Revision des EG ZGB (Neuregelung der fürsorgerischen Freiheitsentziehung) sowie zu REGOS (Regionalisierung der Oberstufe).
- Zur sog. Beschleunigungs-, zur Quoten, zur Verkehrshalbierungs- und zur Fortpflanzungsinitiative (restriktive Regelung) beschloss die Junge CVP Aargau die NEIN-Parole.

Urnengang vom 21. Mai 2000

Anlässlich der zweiten eidgenössischen Abstimmung in diesem Jahr war über einen weiteren Integrationsschritt der Schweiz im vereinigten Europa zu befinden. Die Bilateralen Verträge zwischen der Europäischen Gemeinschaft und der Schweiz sollten in sieben verschiedenen Bereichen drängende Fragen klären und den beiden Vertragspartnern Vorteile bringen. Die Junge CVP Aargau, die seit langem den Beitritt der Schweiz zur EU anstrebt, konnte sich auch für die "Bilateralen" aussprechen. Die Jungpartei vertrat dabei die Meinung, dass diese "Bilateralen" keine Gefahr für das Beitrittsziel darstellen, denn diese Verträge sind für die lange Phase bis zu einem endgültigen Beitritt unerlässlich (auch bei sofortiger Aufnahme von Verhandlung wird ein Beitritt nicht vor 2005 realisiert werden können). Die "Bilateralen" sind demnach als Übergangsverträge zu verstehen, bis sich die Schweiz - mit dem Segen des Volkes - der EU anschliessen kann. In dieser Zeit soll es dank den "Bilateralen" auch möglich sein, weitreichende Erfahrungen mit der EU zu sammeln, die auch für die Beitrittsverhandlungen für unser Land von Nutzen sein können.

Eine weitere Abstimmungsvorlage war die Änderung des kantonalen Gesetzes über die politischen Rechte. Hauptanliegen dieser Gesetzesrevision war die Reduktion der Urnengänge anlässlich von Wahlen. Mit verschiedenen Massnahmen sollten zweite Wahlgänge wenn immer möglich vermieden werden können, da solche Prozeduren beim Stimmvolk im Allgemeinen auf wenig Verständnis stossen, was anhand der Stimmbeteiligung aufgezeigt werden kann. Die Junge CVP Aargau beschloss hier die JA-Parole.

Schliesslich war auch noch über den zweiten Wahlgang für die Ersatzwahl des Regierungsrates zu befinden. Hier beschloss man Stimmfreigabe.

Urnengang vom 24. September 2000

Die Septemberabstimmung stand im Zeichen einer neuen Energiepolitik der Schweiz. Es musste gleich über drei Energievorlagen entschieden werden: die Solar-Initiative, einen Gegenvorschlag von Parlament und Bundesrat (Förderabgabe) sowie eine Grundnorm, die in die Verfassung festgeschrieben werden sollte. Die Junge CVP Aargau sprach sich dabei für die Annahme aller drei Energievorlagen aus. Die Jungpartei wollte mit ihrer Unterstützung einen grossen Schritt in Richtung einer neuen, nachhaltigen und zukunftsgerichteten Energiepolitik tun. Die Förderung erneuerbarer Energien auf Kosten nichterneuerbarer Energieträger ist eine umweltpolitische Notwendigkeit. Die Vorlagen waren so ausgestaltet, dass sie für die Wirtschaft zu vertreten gewesen wären und zugleich auch neue Impulse für den Werkplatz Schweiz ausgelöst hätten. Mit der Unterstützung der Grundnorm erhoffte sich die Junge CVP Aargau ausserdem die rasche Umsetzung einer ökologischen Steuerreform. Erstmals in ihrer Geschichte war die Jungpartei alleine für einen Abstimmungskampf in heimischen Gefilden verantwortlich: Im Aargau wurde das befürwortende Komitee für die Energievorlagen geführt. Die Arbeiten für das Komitee waren zwar intensiv, entsprachen aber der herausragenden Bedeutung der drei Energievorlagen.

Neben den Energievorlagen war auf eidgenössischer Ebene über die sog. 18 %-Initiative und die Initiative für ein konstruktives Referendum zu befinden. Von der Jungen CVP Aargau wurde die ausländerpolitische Initiative einstimmig abgelehnt. Nach Meinung der Jungpartei hätte die vorgeschlagene Limite für Ausländer lediglich der Wirtschaft geschadet, ohne aber irgendwelche Probleme im Bereich der Ausländerpolitik zu lösen. Auch die Initiative für ein konstruktives Referendum lehnte die Junge CVP ab. Sie befürwortete zwar ein Überdenken der heutigen direktdemokratischen Instrumente, sah aber vor allem praktische Probleme in der Umsetzung eines konstruktiven Referendums auf Bundesebene.

Ausserdem wurde zu allen fünf kantonalen Vorlagen, die zur Abstimmung standen, die JA-Parole beschlossen. Dabei handelte es sich um ein neues Personalgesetz (Abschaffung des Beamtenstatus) mit gleichzeitiger Verfassungsrevision, um eine Revision des Finanzausgleichsgesetzes, um die Abschaffung des Lotteriemonopols sowie um ein neues Spielbetriebsgesetz (zur Ausführung des eidgenössischen Spielbankengesetzes).

Urnengang vom 26. November 2000

Zum Abschluss des vielfältigen "Abstimmungsjahres" waren die Parolen zu fünf Bundesvorlagen und zu einem kantonalen Gesetz zu fassen. Gleichzeitig standen die Gesamterneuerungswahlen für den Regierungsrat an.

Wie schon im Kanton wurde der Systemwechsel für das öffentliche Personal des Bundes von der Jungen CVP Aargau gutgeheissen. Auch im Bund kann damit vom "Beamtentum" grundsätzlich Abschied genommen werden. Bei der AHV-Flexibilisierungsinitiative, der Initiative gegen die Erhöhung des Rentenalters und bei der "Spitalkosteninitiative" wurde jeweils ein NEIN empfohlen. Zur Umverteilungsinitiative hat die Junge CVP Aargau Stimmfreigabe beschlossen. Die Jungpartei ist der Ansicht, dass im Budget des VBS angesichts der heutigen Bedrohungslage noch ein gewisser Spielraum besteht; sie konnte auch die sicherheitspolitischen Bedenken der Initiativgegner nachvollziehen. Für die Zukunft setzt die Junge CVP Aargau ihre Hoffnungen primär in die anstehende Armee reform. Zum Schluss

befürwortete die Jungpartei mit grossem Mehr die Revision des kantonalen Strassenbaugesetzes. Mit der Änderung sollte primär die Verwendung der Gelder aus der LSVa gesetzlich festgeschrieben werden.

Bezüglich der Gesamterneuerungswahlen wurde beschlossen, einzig den CVP-Kandidaten Roland Brogli zu unterstützen. Roland Brogli verfügte nach Ansicht der Jungen CVP Aargau für das Amt des Regierungsrates die notwendigen Referenzen und genoss bei den "Jungen" vollstes Vertrauen. Da zur Berechnung des absoluten Mehrs erstmals nur noch die gültigen Linien zählten, empfahl die Jungpartei den Stimmberechtigten ausserdem, nebst Roland Brogli vier weitere StimmbürgerInnen auf den Wahlzettel zu schreiben. Mit diesem Vorgehen wollte man die ungefährdete Wahl Roland Broglis gewährleisten und einen zweiten Wahlgang, in welchem die Karten hätten neu gemischt werden müssen, ermöglichen. Vor der eigentlichen Parolenfassung liess es sich die Junge CVP Aargau aber nicht nehmen, die beiden Regierungsratskandidaten, die der CVP angehörten, in ihrer Runde zu begrüßen. Den Kandidaten wurde in intensiven Gesprächen auf den Zahn gefühlt. Rückblickend kann diese Veranstaltung als würdiger und gelungener Anlass bezeichnet werden.

Die Feldschlösschen-Aktion

Mit Bestürzung hatte die Junge CVP Aargau im Frühjahr 2000 von den Absichten der Rheinfelder Feldschlösschen-Hürlimann Holding AG, die Getränkeproduktion zu veräußern, Kenntnis genommen. Ein Verkauf ins Ausland, wie dies beabsichtigt war, hätte nach Ansicht der Jungpartei einen grossen Imageschaden für die ganze Region bedeutet. Auch befürchtete man einschneidende Konsequenzen wie Stellenabbau oder Aufgabe des Produktionsstandortes Schweiz, denn eine international tätige Grossbrauerei würde nur Interesse an "Feldschlösschen" haben, wenn sie Möglichkeiten sähe, Synergien zu nutzen und die Kosten so gut als möglich zu senken. Ein ausländisches Unternehmen wäre nach Ansicht der Jungen CVP Aargau mit Sicherheit schneller bereit gewesen, Produktionsstandorte in der Schweiz aufzugeben. Dass "Feldschlösschen" zu lange im Schatten des Kartells eine komfortable Position genossen und sich zu wenig um innovative und neue Produkte gekümmert hatte, musste das Management selber zugeben. Dass jedoch der Verkauf ins Ausland als einzig möglicher Ausweg dargestellt wurde, zeugte nach Ansicht der Jungpartei von vorschneller Resignation. Anstatt innovative Lösungen zu erarbeiten und sich ernsthafte Gedanken über die sich bietenden Möglichkeiten im Getränkemarkt Schweiz zu machen, wurde eine unbefriedigende Verkaufslösung propagiert.

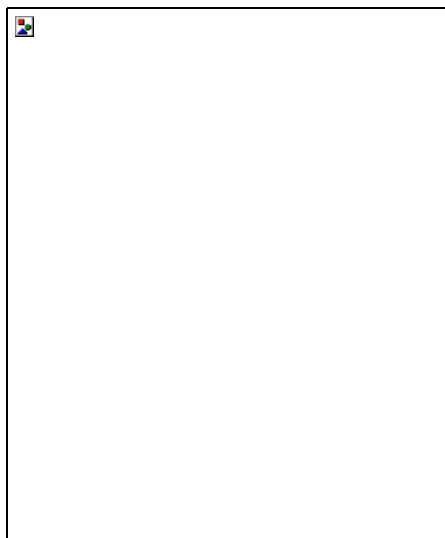
Die Junge CVP Aargau hatte sich wild dazu entschlossen, die Pläne der "Feldschlösschen"-Direktion zu durchkreuzen. Mit einem offenen Brief, dessen Inhalt im Folgenden wiedergegeben wird, ist sie an die Öffentlichkeit gelangt: *«Sehr geehrte Mitglieder der Parteileitungen der Aargauer Parteien, wie oben dargelegt, trifft dieser angekündigte Verkauf den Wirtschaftsstandort Aargau ganz empfindlich. Wenn der Kanton Aargau von sich behaupten will, Wirtschaftspolitik zu betreiben, dann muss in diesem Falle von politischer Seite her eingegriffen werden. Wirtschaftspolitik heisst nach unserer Auffassung für die Attraktivität des Standortes Aargau zu sorgen, sich für den Erhalt und die Schaffung von Arbeitsplätzen einzusetzen und den Unternehmen ihre gesamtgesellschaftliche und soziale Verantwortung vor Augen zu führen. In allen drei erwähnten Punkten besteht im Falle Feldschlösschen akuter Handlungsbedarf und mehr als Grund genug, um politisch zu intervenieren. Wenn es Ihnen Ernst ist mit der Erhaltung und Förderung unseres Wirtschaftsstandortes, dann haben Sie jetzt die moralische Pflicht, Ihr gesamtes politisches Gewicht einzubringen und gemeinsam gegenüber dem Verwaltungsrat der Feldschlösschen*

AG Ihren Protest gegen diese Pläne zu äussern und so ein deutliches und unmissverständliches Zeichen zu setzen. Die Junge CVP Aargau fordert deshalb alle Parteien auf, sich im Sinne einer aktiven Wirtschaftspolitik sich zum Wirtschaftsstandort Aargau zu bekennen und gegen die Absichten der Feldschlösschen AG zu protestieren. Die Junge CVP Aargau nimmt gerne Vorschläge zur Koordinierung des Vorgehens der Parteien entgegen. Sehr geehrte Aktionärinnen und Aktionäre der Feldschlösschen AG, Sie haben es mit Ihren Aktien und Ihrem Stimmrecht in der Hand, an der Generalversammlung vom 22. Mai diesen Verkaufsplan zu Fall zu bringen. Was im Sinne einiger Grossaktionäre ist, muss noch lange nicht in Ihrem Interesse, geschweige denn zwingend notwendig sein! Die sogenannten Zwangsläufigkeiten, die sogenannten unumstösslichen Tatsachen sind gerade von Ihnen, werte Aktionäre, ganz eingehend zu prüfen. Nicht selten entpuppen sie sich als Konstrukte lediglich im Sinne des Managements, der Grossaktionäre und des Shareholder-Values. Aber eine Firma ist mehr wert als ihr Börsenkurs angibt. Eine Firma wie Feldschlösschen hat Tradition, sie ist fester Bestandteil einer Region, ja eines Landes. Sie stellt ein Stück nationale Identität dar und ist mit ihren Arbeitsplätzen lebensnotwendig für viele. Ein Verkauf des Getränkebereiches kommt zwar nicht direkt einer Schliessung der Produktion in der Schweiz und somit dem Verlust der Arbeitsplätze gleich, doch ist dies zweifellos ein erster Schritt in diese Richtung. Um Managementfehler zu beheben, ist das Management auszuwechseln, nicht aber das Kernstück der Firma zu veräussern! Wir fordern Sie deshalb auf, sich in diesem Sinne an der Generalversammlung zu äussern und zu stimmen!»

In der Folge gründete die Junge CVP Aargau unter dem Namen "Feldschlösschen soll brauen - nicht bauen!" ein Komitee, das als Sammelbecken aller "Unzufriedenen" bezüglich der Verkaufsabsichten des Managements von "Feldschlösschen" gedacht war. Für das Co-Präsidium des Komitees konnten namhafte Aargauer Politiker aus allen politischen Lagern gewonnen werden. In ihm waren Persönlichkeiten wie Ständerat Maximilian Reimann (SVP), Nationalrat Urs Hoffmann (SP), Grossrat und Parteipräsident Peter Müller (CVP) und ... (FDP) vertreten. Das Komitee erfreute sich einer grossen Zahl von Mitgliedern. Diese rekrutierten sich aus dem Kreise der PolitikerInnen, der "einfachen" BürgerInnen und nicht zuletzt auch aus den Schweizer "Bierliebhabern". Ziel des Komitees war es, mit geeigneten Aktionen dem aufgestauten Unmut über die Getränkeverässerung bei "Feldschlösschen" eine gemeinsame und kräftige Stimme zu verleihen. So wurden z.B. Tausende von sog. "Tischsets" gedruckt und in Gastgewerbebetrieben in der ganzen Schweiz verteilt, aus denen ausführliche Hintergrundinformation und Argumente gegen die Abspaltung des Getränkegeschäfts zu entnehmen waren. Mit Inseraten versuchte man auch die breite Öffentlichkeit zu erfassen. Mit einem eigens kreierte "Kampfsignet", das auch zu einem kleinen juristischen Hick-hack führte, wollte man die Idee des Komitees visualisieren (das Signet ist in diesem Jahresbericht wiedergegeben). Insgesamt konnte mit den bescheidenen finanziellen Mitteln des Komitees national eine grosse Medienaufmerksamkeit erzielt werden. Blick, Tagesanzeiger, NZZ, BAZ, Aargauer Zeitung, Radio und auch Fernsehen berichteten in schöner Regelmässigkeit über unsere Absichten. Schliesslich ist es einer Deputation der Jungen CVP Aargau auch gelungen, an der Generalversammlung der Feldschlösschen-Hürlimann Holding, an der über den Verkauf des Getränkegeschäfts zu befinden war, die Standpunkte des Komitees nochmals einzubringen. Ermöglicht wurde die Teilnahme durch einen Erwerb einer Aktie des Unternehmens durch unsere Jungpartei!

Wie man weiss, haben aber alle Anstrengungen des Komitees zu keinem Erfolg geführt. Zwar waren alle Kleinaktionäre - die grosse Mehrheit der Teilnehmenden an der GV - gegen die Pläne des eigenen Managements. Die "Grossen" haben die Sache aber für sich entschieden. Daran sind hauptsächlich auch die sog. institutionellen Anleger wie Pensionskassen schuld, die sich tragischerweise mit den Geldern der Arbeitnehmer gegen den Werkplatz Schweiz

entschieden haben. Rückblickend kann die ganze Feldschlösschen-Aktion, trotz der Niederlage, als interessantes Lehrstück für alle Beteiligten aus der Jungen CVP betrachtet werden.



Vorstösse der Jungen CVP im Grossen Rat

Im Vereinsjahr 2000 wurden im Grossen Rat des Kantons Aargau von der Vertreterin und dem Vertreter der Jungen CVP Aargau folgende Vorstösse eingereicht (der genaue Wortlaut und die Begründung der einzelnen Vorstösse ist auf unserer Homepage [www.jcvp-ag.ch] ersichtlich):

- **Postulat vom 4. Januar 2000 betreffend Sofortmassnahmen zur Behebung der Waldschäden durch den Sturm "Lothar"**. Das Postulat wurde vom Grossen Rat noch im selben Jahr zur Behandlung überwiesen.
- **Motion vom 7. März 2000 betreffend Wiederherstellung des regulären Rechtszustandes in der aargauischen Rechtsordnung**. Etwas überspitzt ausgedrückt, hatte der Vorstoss zum Ziel, den Regierungsrat in seine Schranken zu weisen. Über Jahre hinweg hat die Aargauer Regierung nämlich zur Umsetzung von Bundesrecht sog. Übergangsbestimmungen erlassen, die nie ins ordentliche Recht überführt wurden. Damit wurde die Mitwirkung des Grossen Rates und schliesslich auch den Volkes umgangen. Der Vorstoss ist im Jahr 2001 in die Demokratiereform eingeflossen.
- **Postulat vom 28. März 2000 betreffend "autofreier Sonntag" auf den Aargauer Strassen**. Mit dem Vorstoss sollte die Regierung dazu angehalten werden, im Kanton Aargau möglichst flächendeckend einmal im Jahr alle Strassen vom motorisierten Individualverkehr frei zu halten. Noch im selben Jahr wurde über das Postulat im Grossen Rat abgestimmt. Es fand im Parlament hauptsächlich auf Seiten der SVP und FDP keinen Anklang.
- **Standesinitiative vom 29. August 2000 betreffend Schaffung einer Rechtsgrundlage für die Beschlagnahme von extremistischen Propagandamaterial**. Da dieser Regelungsbereich dem Bundesrecht untersteht, musste zum Mittel der sog. Standesinitiative gegriffen werden. Der Bund sollte zu einem raschen Vorgehen

angehalten werden, damit in der Schweiz nicht länger ungehindert bzw. ungestraft ein Markt mit extremistischen Propagandamaterial (Fahnen, Abzeichen, Uniformstücke, Broschüren, Ton- und Bildaufnahmen etc.) betrieben werden kann. Im Grossen Rat wurde noch im selben Jahr über den Vorstoss befunden. Der Vorstoss wurde nicht überwiesen, obwohl man die Stossrichtung durch das ganze politische Spektrum hindurch für richtig befand.

- **Standesinitiative vom 24. Oktober 2000 betreffend Vermeidung von Antennenwäldern der Mobilfunkbetreiberinnen.** Der Vorstoss befasste sich mit einer Schattenseite der Liberalisierung des Fernmeldewesens, die im Grundsatz immer noch zu begrüssen ist. Die neuen Telekommunikationsunternehmen können in der Schweiz seit dem 1. Januar 1998 in unmittelbarer Nähe von bestehenden Mobilfunkantennen neue Sendeanlagen errichtet. Die Auswirkungen auf den Landschafts- bzw. den Natur- und Heimatschutz sind fatal; die Schweiz und mit ihr unser Kanton wird mit eigentlichen Antennenwäldern "überwuchert". Dies fällt um so mehr ins Gewicht, als der Prozess des Antennenbaus noch lange nicht abgeschlossen ist. Neben dem Bau von zusätzlichen GSM-Anlagen steht auch noch der Bau der Mobilfunknetze mit dem UMTS-Standard an. Allein für das UMTS-Mobilfunknetz wird landesweit mit dem Bau von 12'000 neuen Antennen gerechnet, wenn die künftigen UMTS-Betreiberinnen nicht gemeinsam vorgehen. Die Lösung des Problems könnte in einem einzigen Mobilfunknetz liegen, das von allen Konzessionärinnen gemeinsam genutzt bzw. betrieben wird. Dies könnte in Form einer nationalen (privatrechtlich organisierten) Netzgesellschaft für Mobilfunksendeanlagen geschehen, wie es vom Bundesgesetzgeber auch für den Elektrizitätsmarkt vorgesehen ist. Der Vorstoss stiess im Grossen Rat auf wenig Gehör und wurde noch im selben Jahr abgelehnt.
- **Vorstoss vom 19. Dezember 2000 betreffend Referendum gegen die Erhöhung der Streitwertgrenze für kostenlose arbeitsgerichtliche Verfahren.** Der Vorstoss wandte sich gegen die ungebührliche Kostenaufgabe durch den Bund im Bereich des kantonalen Prozessrechtes. Erstmals in der Geschichte des Schweizerischen Bundesstaates sollte mit einem sog. "Kantonsreferendum" unter Mitwirkung von sieben anderen Kantonen eine Volksabstimmung veranlasst werden. Der Vorstoss war im Berichtsjahr 2000 noch hängig.
- **Im Berichtsjahr 2000 wurden vom Grossen Rat zwei Vorstösse von Vertretern der Jungen CVP Aargau überwiesen (vgl. zum Inhalt auch die entsprechenden Jahresberichte 1998/1999):** a) Motion vom 21. September 1999 betreffend Schaffung eines kantonalen Ausgleichsfonds im Bereich der Energieversorgung; b) Motion vom 19. Dezember 1998 betreffend Erlass eines kantonalen Datenschutzgesetzes.

Parteiinterna

Mitglieder

Nach einer rigiden Überarbeitung der Mitgliederkartei zählt die Junge CVP Aargau zur Zeit rund 120 Mitglieder. Ausgemusterte Adressen bleiben aber separat erfasst.

Sitzungen

Vom 1. Januar - 31. Dezember 2000 wurden vier Mitgliederversammlungen abgehalten. In dieser Zeit traf sich der Vorstand der Jungen CVP Aargau zu fünf ordentlichen Sitzungen.

Dazu kam eine Sitzung des Wahlausschusses mit allen Vorstandsmitgliedern zwecks Vorbereitung der Grossratswahlen 2001. Darüber hinaus fanden unzählige Zusammenkünfte im Zusammenhang mit der "Feldschlösschen-Aktion" statt. Das Fest der Jungen CVP Aargau, das traditionellerweise jedes Jahr abgehalten wird, musste auf Januar 2001 verschoben werden.

Vernehmlassungen

Die Junge CVP Aargau beteiligte sich im Berichtsjahr an zwei kantonalen Vernehmlassungen. Dabei handelte es sich um die Vernehmlassung zu einem neuen Verantwortlichkeitsgesetz vom Dezember 1999/Januar 2000 sowie um die Vernehmlassung zur Demokratiereform vom November 2000.

Jungen CVP der Schweiz

Die Kontakte zu der Jungen CVP der Schweiz waren im Berichtsjahr über unser Mitglied Manuel Meier, Wettingen, optimal gewährleistet. Manuel Meier wurde Ende 1999 neu ins höchste Gremium der Jungen CVP der Schweiz, das Bundespräsidium, gewählt. Er bekleidet dort die wichtige Funktion des Kassiers. Im weiteren wurden die Beziehungen durch die Teilnahme unserer VertreterInnen an verschiedenen Bundesvorstandssitzungen und Delegiertenversammlungen gepflegt.

CVP Aargau

Die Kontakte zur CVP AG (unserer sog. Mutterpartei) wurden hauptsächlich über unser Vorstandsmitglied Marco Arni gepflegt, der auch Einsitz in der Parteileitung der Mutterpartei hat. Auch der Parteipräsident der Jungen CVP Aargau wurde zu verschiedenen Sitzungen der Mutterpartei eingeladen und hat dort die Interessen der Jungpartei gewahrt.

Tagung Jugendpolitik

Am 18. November 2000 fand die erste Tagung "Jugendpolitik" der Jungen CVP der Schweiz unter Vermittlung der Jungen CVP Aargau in unserem Kanton statt. Die Junge CVP Aargau war auch bei den Vorbereitungsarbeiten beteiligt. Das Motto der Tagung lautete: "Wir sind die Jugend - wir sind die Expertinnen für Jugendpolitik!".

Jahresbericht 2000

Im Namen des Vorstandes der Jungen CVP Aargau

Harry Lütolf,
Präsident der Jungen CVP Aargau

Marco Arni,
Parteisekretär der Jungen CVP Aargau

PS: Die ausführliche Jahresrechnung 1999 kann separat bei der Jungen CVP Aargau bezogen werden. Die Anschrift lautet: Junge CVP Aargau, Bahnhofstrasse 7, 5400 Baden. Bestellungen sind auch über das Internet möglich: www.jcyp-ag.ch. GönnerInnen und SympatisantInnen der Jungen CVP Aargau können übrigens ihre Spenden auf folgendes Konto überweisen: PC 60-199533-1.